



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dänhoff (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dänhoff 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus; Berlin. Postachek-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile, 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 325

Freitag, 8. Juli 1932

MORGEN-AUSGABE

Vor Unterzeichnung?

Deutschland soll 2,7 Milliarden zahlen

Eigene Meldung der Wossifischen Zeitung

LAUSANNE, 8. JULI, 0,15 UHR

Nach dem Diner bei MacDonald und Neville Chamberlain, zu dem Herrriot und andere Mitglieder der französischen Delegation eingeladen waren, sind kurz vor Mitternacht der deutsche Reichskanzler von Papen und der Außenminister Freiherr von Neurath, die sich bereits zur Ruhe begeben hatte, zu dem Konferenzpräsidenten getreten worden,

wo zur Stunde eine Beratung stattfindet. Als Herrriot von dem Diner ins Palaishotel zurückkehrte, erklärte er, daß sich die Lage sehr wesentlich gebessert hätte. Man nimmt in französischen Kreisen an, daß das Abkommen über die Reparationen noch heute nach in seinen wesentlichen Teilen fertiggestellt werden wird. Angeblich wird es auf einer deutschen Zahlung von 2,7 Milliarden beruhen. Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf die Modalitäten der Begebung.

Gegenseitiger Verzicht auf politische Bedingungen

Vor der obenstehenden Meldung gab unser Lausanner Berichterstatter folgende Zusammenfassung der Lage, wie sie sich abends darstellte:

LAUSANNE, 7. JULI

Die Hoffspannung, die in den letzten Tagen über der Konferenz lag, ist einer Milderung gewichen: Die Beschlüsse werden sich auf das eigentlich Reparationsmäßige beschränken und der rein politische Teil der Konferenz wird besagen. Auf deutscher Seite scheint man sich mit dieser Zufolge abgefunden zu haben unter der Voraussetzung, daß auch Frankreich teilweise politische Bedingungen an das Reparationsabkommen knüpft.

Wenn auch der vorgezeichnete Vertrag keinen wesentlichen politischen Teil als regulären Bestandteil enthalten wird, so soll nach MacDonalds Auffassung doch eine allgemeine politische Aufsummen kommen, die Anspielungen auf die Entscheidung des Zell VIII des Versailleser Vertrages enthalten und auch auf die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit der Welt sowie auf die Notwendigkeit der Rüchungsbeschränkung hinweisen wird. Angeblich soll darin auch eine feierliche Versicherung der Unterzeichner enthalten sein, durch eine gewisse politische Schonung an einer Oesundung der Weltwirtschaft und der Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen zwischen den Völkern hinzuwirken.

Um welchen Vermittlung haben Reichskanzler von Papen und die anderen deutschen Delegierten noch einmal verhandelt, in einer freundschafflichen Ausdrücke Herrriot im Sinne des

ersten Voller Sachverständigen-Gutachtens und auch im Sinne des Konferenz-Präsidenten MacDonald zu einer Vereinbarung bezüglich der Herstellung des Vertrauens in der Welt nicht beigetragen hätte. Do aber Herrriot dabei blieb, daß in Lausanne nur Reparationsfragen besprochen werden sollen, und der aus dem Herzbeiratsen französische Kriegsminister Poincaré energisch den Versailles-Standpunkt der Abrüstungs-Konferenz verteidigt, blieb der deutsche Verlust, die Lausanner Konferenz zu einer großen Klaustration des Krieges ausgefallen, leider ergötlos.

Daraufhin wurde schon in den Vermittlungssprechungen damit begonnen, einen Vertragsgestaltung zu erwählen, der weder die deutsche Seite angesichts politischen Fragen noch die politischen Probleme berührt, die Frankreich anfangs in Lausanne geregelt sehen wollte.

So ist die französische Delegation zum Beispiel mit der Teilung der Bonds in zwei verschiedene Serien, deren eine zu 90 und die andere zu 10 n. h. begeben werden sollte, bisher nicht einverstanden. Auch über die Verfallfrist, die nach den deutschen Vorschlägen zehn Jahre betragen sollte, damit die Bonds nicht endlos lange auf den deutschen Kredit drücken können, ist noch kein Einverständnis erzielt, und man verlangt auf französischer Seite zwanzig Jahre als Endfrist. Weiter war zum Beispiel in den französischen Vorschlägen die Bestimmung enthalten, daß nach fünf Jahren der Ausgabebetrag der Bonds herabgesetzt werden kann und daß dann, wenn die deutsche Regierung ihre Zustimmung ablehnt, ein Schiedsgericht darüber entscheiden soll. Dagegen hat man auf deutscher Seite sehr ernste Bedenken, weil gar nicht klar ist, nach welchen Grundfällen dieses Schiedsgericht entscheiden sollte.

Wo stehen wir?

Von Dr. h. c. SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Reichsminister a. D.

Der Aufforderung der Redaktion, in den Spalten dieser Zeitung einiges über Agrarpolitik zu schreiben, komme ich mit Vergnügen nach. Liegt es doch sehr langsam in der Gesamtrichtung meiner öffentlichen Tätigkeiten, unbedeutend grundsätzliche abweichender politischer Anschauungen und Meinungsverschiedenheiten, wie sie jedoch gern gerade mit denen auseinandersetzen, die sie bereit sind mit gutem Willen der Sache zu dienen. Denn das Unglück Deutschlands im Gegenlicht zu allen anderen Völkern, namentlich zur englischen Welt, liegt ja wohl in allen Teilen dessen begeben, wie es schon Tacitus in seiner „Germania“ anbeutet: „Die Deutschen kann man sich selber überlassen, die reiben sich gegenseitig auf.“

Das System des heimelichen Kampfes mit der ungeschickten Parteiung eines Gegners fördert uns nicht. Auch haben taufenmäßig unbedeutende Abwägungen in der eigenen Presse keinen Zweck, die hauptsächlich nur von den eigenen Berufsgruppen gelesen wird. So möchte ich den Versuch machen, auf allen nur zur Verfügung stehenden Wegen mit sachlichen Darlegungen an die meinem Berufsstand fernere stehende Masse der Verbraucher heranzukommen — grade jetzt; denn niemals vielleicht hat sich die Landwirtschaft in so unmittelbarer Lebensgefahr befunden; mit ihr das deutsche Volk.

*

Nenn man zurückdenkt an die Vorkriegssituation, so wird man sich erinnern, daß in meere idwäre Gegenseite in den Aufstellungen zwischen Stadt und Land bestanden haben. Das war verständlich, weil die deutsche Seite der Industrie stämmen schon damals unter dem Schlagwort: „Egoyort; der Bund der Landwirte unter dem Schlagwort: „Binnennarr.“ Die Landwirte stritten für den Zolltarif, die Arbeiter für den Lohnsatz, „Arbeiterunruhen“ und „Schlotborone“ waren wesentliche Bestandteile des parteipolitischen Worterbuchs, und die Liebertrübungen der Wahlkämpfe trugen zu jener Zeit schon ihre munderbaren Blüten.

Aber das war damals zu ertragen. Denn der Wohlstand stieg in allen diesen Gegenden, und selbst für die Gegenseite der Anbauern konnten keine explosive Kräfte gewonnen werden. Bei gemäßigtem Aufschwung der Industrie, der doch auch im großen und ganzen die Löhne der Arbeiterschaft mit zog, und nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitslosen übrig ließ, die von der Allgemeinheit leicht zu tragen war, hatte auch der Landwirt kein, wenn auch nicht hochvermerkt, so doch bei leblicher Wirtschaft einigermaßen gelidertes Einkommen. Der Gesamtanbauung Deutschlands im Rahmen einer mehr oder weniger ungeschickten Weltwirtschaft schaffte den nützlichsten Ausgleich zwischen den Gegenseiten der Berufsstände und ließ die Auseinandersetzungen die Grenzen des Erträglichsten nicht überschreiten, weil Einzelmaßnahmen gegebigerer Art, die für den einen Berufsstand getroffen worden, niemals so tiefgreifend zu sein brauchten, daß sie an dem Lebensniveau eines anderen röhrien.

Denn kam der Krieg, mit ihm, nach dem ersten Anlauf und der fimmellosen Verfrüderung von Vorräten, sehr bald die Nahrungsnot, etwa von 1916 ab die Nahrungsnot. Zum ersten Male wurde dem deutschen Volk der Wert der bodenständigen Agrarproduktion als unerlässlich lebenswichtig vor Augen geführt — wir sollten das ja die Zukunft nicht verpassen. Aber zugleich mit der Verknappung der Lebenshaltung, mit Vorkraste und Zwangsarbeit kam die deutsche Einheitsstimmung in Gefahr. Wenn es, was wir für den Stähler schon zu ertragen, daß er den Landwirt, dessen eigene Rufe ihm recht fremd geworden waren, sich wenigstens noch soll essen las, während er selber für seine Kinder ein halbes Brot oder etwas Stief mühsam zu erharnten suchte. Und gewiß ist auch later et extra muros genau gelidigt worden. So mehr die Not stieg, desto mehr verdrängten sich die Gegenseiten; sie erreichten ihren Höhepunkt während der Blockadezeit, als man nach dem Zusammenbruch und bawerten unternahm an des etwa zum Erbe der Nation.

Denn tar leste ein gewisser Umbruch ein. Die Menschen bekamen wieder ausreichend zu essen, ohne es sich in großen Landwanderungen zusammenholen zu müssen. Die Arbeitslosigkeit war noch gering; die Scheiteltide der Weltkonjunktur künftige auch Deutschland lange Zeit über das schlimmste seiner Lage hinweg. Ich erinnere mich noch lebhaft der Ausführungen eines deutschen Großindustriellen, der sich auf Grund des englischen Bergarbeitertreffens in jantshigen Verhandlungen über den kommenden deutschen

Staatspartei im Wahlkampf selbständig

Beschluß des Vorstands — Aufstellung der Reichsliste

Der Parteivorstand der Deutschen Staatspartei ist am Donnerstag in Berlin zusammengetreten, um die letzten Beschlüsse über die Stellung der Partei im Reichstagswahlkampf zu fassen. Es ist beschlossen worden, im ganzen Reich selbständig und ohne Vervandlung in den Wahlkampf zu gehen.

Die Feststellung der Kandidaten für die Reichsliste hatte folgendes Ergebnis: An die Spitze der Reichsliste wurde durch Affirmation der bisherige Parteiführer und Reichsfinanzminister A. D. Dietrich gestellt, an zweiter Stelle steht der bisherige Reichslandsbauernrat Lemmer, an dritter Stelle Frau Marie Elisabeth Wüders, an vierter Stelle der frühere preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wilhoff.

*

Obwohl der Beschluß des Vorstandes der Deutschen Staatspartei den Bedenken mancher ihrer Anhänger Rechnung trägt, die in einer Vervandlung mit der Sozialdemokratischen Partei eine Verletzung ihrer Arbeit als Kerntruppe des freiwirtschaftlichen Bürgertums für die Zukunft

sehen, als Marschrouten für den gegenwärtigen Wahlkampf ist er nur schwer zu verstehen.

Vor der Freireiwilligkeit waren die Dinge insofern anders, als die Parteimitglieder einer Verdringung der staatsparteilichen Anhänger noch nicht zu überlegen waren. Dieses Mal ist die Lage erheblich klarer. Es war die Möglichkeit gegeben, ohne irgendein intellektuelles Opfer die Stimmen der staatsparteilichen Wähler durch ein tedschnisches Abkommen mit einer großen Partei restlos zu verwerten. Diese Möglichkeit ist nicht ausgenutzt worden. Demnach kann die Zulage wohl kaum gehalten werden, daß bei der Reichstagswahl einige Stimmen der Staatspartei verloren gehen würde.

Was das für die große Entscheidung bei dieser Maßnahme bedeutet, liegt auf der Hand: viele Anhänger der Deutschen Staatspartei werden es zweifellos sehr vorziehen, in den ungeschickten Wahlkreisen die Spitze ihrer eigenen Partei zu wählen, sondern ihre Stimme dort in die Waagschale zu werfen, wo es am wirksamsten zur Abwehr der Gefahren, die den republikanischen Parteien gemeinsam drohen, zur Geltung gebracht werden können.